

INHALT

Hatte der alte Marx doch recht?	8
Capital Bank – GRAWE Gruppe AG	
<i>Entwicklung und Kennzahlen</i>	71
<i>Organe</i>	72
<i>Lagebericht</i>	74
<i>Risikobericht</i>	96
<i>Bericht des Aufsichtsrats</i>	134
<i>Bilanz</i>	136
<i>Gewinn- und Verlustrechnung</i>	138
<i>Eigenmittelausstattung</i>	140
<i>Anlagespiegel</i>	142
<i>Auszug aus dem Anhang</i>	144
<i>Bestätigungsvermerk</i>	170
<i>Konzernbilanz</i>	176
Impressum	184

VORWORT

„Geschichte braucht Tapetenwechsel“ lautet der Titel unseres diesjährigen Geschäftsberichts. Wir haben den Titel aus der Überzeugung heraus gewählt, dass innovative Ideen in der Lage sind, in der Vergangenheit entstandene Fehler zu korrigieren.

Der Titel zielt aber auch darauf ab, dass es mitunter der Blickwinkel ist, der die Substanz einer Geschichte wesentlich ändern kann.

Nehmen wir als Beispiel das virulente Thema Bankenkrise. Die Banken stehen seit dem Ausbruch der Finanzkrise am Pranger. Mit auf der Anklage Platz genommen hat auch das sogenannte „System“, die Marktwirtschaft. Nur in dieser seien Krisen wie die aktuelle möglich, heißt es. Aber das marktwirtschaftliche System ist viel lernfähiger und robuster, als das seine Gegner immer wieder glauben machen wollen. Anlass zur Zuversicht geben auch all die hervorragend arbeitenden österreichischen Unternehmen, die sich auf den hart umkämpften

Weltmärkten ausgezeichnet halten. Und dann gibt es ja auch noch Banken, die nicht vom Staat über Wasser gehalten werden müssen – wie der Inhalt dieses Buches beweist. Für die Capital Bank war 2012 ein erfreulich gutes Jahr. Weil gut gewirtschaftet wurde. Unsere Kunden haben gute Erträge gemacht, wir haben das Risiko für unsere Kunden weiter minimiert und die Sicherheit verstärkt. In einem kleiner werdenden Markt wurde das Kundengeldvolumen nicht nur gehalten, sondern auf über 10 Milliarden Euro gesteigert. Sie sehen, es kommt auch darauf an, von wo aus man auf die Gesamtsituation blickt.

Unser diesjähriger Gastautor unterstreicht diesen Gedanken. Dr. Franz Schellhorn ist arrivierter Journalist. Er war Leiter des Wirtschaftsressorts der „Presse“, von 2011 bis 2013 auch deren stellvertretender Chefredakteur. Seit Juni 2007 erscheint wöchentlich seine Kolumne „SuperMarkt: Was Kapitalismus kann und wofür er nichts kann“. Seit dem 1. Februar 2013 ist er Leiter der „Agenda Austria“, Österreichs erster rein privatwirtschaftlich finanzierter Forschungswerkstätte. Wir laden Sie ein zu einem Tapetenwechsel und dazu, sich davon inspirieren zu lassen.

Dr. Franz Schellhorn
HATTE DER ALTE
MARX DOCH RECHT?
Gedanken zur wirtschaftlichen Lage

Hinweis: Franz Schellhorn, Jahrgang 1969, ist seit
Februar 2013 Leiter der Denkfabrik Agenda Austria.

Von 1997 bis Jänner 2013
bei der Tageszeitung „Die Presse“;
Von 2004 bis Jänner 2013
Leiter des Wirtschaftsressorts der „Presse“;
Von 2011 bis Jänner 2013
stellvertretender Chefredakteur.

Seit Juni 2007 erscheint wöchentlich die Kolumne
„SuperMarkt: Was Kapitalismus kann und wofür er
nichts kann“.

Ausbildung:
Studium der Handelswissenschaften an der
Wirtschaftsuniversität Wien (1992 bis 1997);
Doktorat an der Universität Wien/
Wirtschaftsuniversität Wien (2002 bis 2004);
Vor dem Studium: Bankausbildung in der Creditanstalt-
Bankverein (Wien/Salzburg), während des Studiums
Praktikum bei der CA in London.

HATTE DER ALTE MARX ALSO DOCH RECHT?

Als am 12. September des Jahres 1857 die Nachricht vom Untergang des Raddampfers „SS Central America“ die Runde macht, weiß noch niemand, dass diese Tragödie die Weltwirtschaft in eine ökonomische Katastrophe führen sollte. Das Schiff hat nicht nur 477 Passagiere und 101 Seeleute an Bord, sondern auch 13 Tonnen Gold. Das begehrte Edelmetall sollte so schnell wie möglich von Kalifornien an die Ostküste der Vereinigten Staaten gebracht werden, um die kräftig wankenden Geschäftsbanken zu stabilisieren. Statt in den Tresoren der stark unterkapitalisierten Geldhäuser für Sicherheit zu sorgen, liegt das Gold nun geschützt vor menschlichem Zugriff 2500 Meter unter der Wasseroberfläche.

Das Schiffsunglück vor der Küste South Carolinas fällt in eine höchst ungünstige Zeit. Schon vor dem Untergang des rettenden Schiffs zweifeln hunderttausende Menschen im Nordosten Amerikas daran, ob ihre Ersparnisse in den Kellern der Banken tatsächlich gut aufgehoben sind. Seit Wochen wird berichtet, dass die Investitionen in den Eisenbahnbau nicht so rentabel sein dürften wie in den Kalkulationen angenommen.

**Lassen Sie uns
dieses Mal anders
beginnen und den
Vorläufer der Eisen-
bahn, auch bekannt
als Pferd, von
hinten aufzäumen.
Denn man kann es
drehen und wenden
wie man will,
auch hinten kann
ein Anfang sein.
Alles eine Frage des
Standpunktes.**

Gilt der Zustrom neuer Siedler in den Westen zu Beginn der 1850er Jahre noch als garantierte Wachstumsmaschine, schwächt sich die Nachfrage nach eigenem Land in den unbesiedelten Gebieten wenige Jahre später unerwartet ab. Der Goldrausch hat seinen Höhepunkt überschritten, auch der Anbau von Getreide verliert an Reiz. Mit dem 1856 zu Ende gegangenen Krieg um die Krim ist nämlich ein potenter Getreidelieferant an den Weltmarkt zurückgekehrt: Das den Alliierten unterlegene Russland nimmt die Versorgung des europäischen Marktes wieder auf. Ein schwerer Schlag für die amerikanischen Bauern. Sie nutzten das aufgrund des kriegsbedingten Angebotsrückgangs hohe Preisniveau in Europa seit Jahren, um den Alten Kontinent großflächig mit Getreide „Made in USA“ zu versorgen. Das durch die russischen Mengen schlagartig erhöhte Angebot drückt auf die Weltmarktpreise.

Zu den fallenden
Getreidenotierungen gesellen sich
politische Unruhen in den Vereinigten
Staaten. Der bevorstehende
Bürgerkrieg wirft seine Schatten
voraus, in Kansas kommt es zu
schweren Zusammenstößen zwischen
Befürwortern und Gegnern der
Sklaverei. Das wiederum raubt New
Yorker Bankdirektoren den Schlaf.
Viele von ihnen hatten die Gelder
ihrer Kundschaft großflächig in den
seit Jahren boomenden Eisenbahnbau
gesteckt.

**„Es ist so einsam
im Sattel, seit das
Pferd tot ist!“ heißt
der erste Roman
des Autors Selim
Özdoğan. „Steig ab,
wenn Du merkst,
dass Du ein totes
Pferd reitest!“, lehrt
uns ein altes India-
nerspruchwort.**

Mit der schwächer werdenden Besiedlung der Prärie fallen auch die Getreideernten dünner aus als erwartet, womit auch die über die frisch gelegten Schienenstränge transportierten Frachtvolumina hinter den Erwartungen zurückbleiben. Als Erstes bekommt das die New Yorker Bank „Ohio Life Insurance“ zu spüren. Ein als grundsolide geltendes Institut, das knapp fünf Millionen Dollar in die Verlegung von Schienen investiert hat – bei Eigenmitteln von knapp zwei Millionen Dollar. Ein großer Teil der Gelder findet allerdings nie seinen Weg in den Westen, sondern verschwindet lange vorher in den Taschen einiger „Stakeholder“. Als der Skandal auffliegt, stellen andere Banken die an die Ohio Life Insurance geliehenen Gelder fällig, die von dieser freilich nicht bezahlt werden können.

Am 24. August 1857 stellt die New Yorker Filiale der Bank ihren Betrieb ein. Viele Jahre später werden Historiker diesen Tag als den offiziellen Beginn der ersten Weltwirtschaftskrise ausgemacht haben. Nachdem die Ohio Life Insurance ihre Pforten geschlossen hat, setzt sich nämlich ein unerfreulicher Kreislauf in Gang. Der Bankensektor verteuert die Kreditzinsen, um dem deutlich gestiegenen Risiko Rechnung zu tragen.

Allein mit der Verteuerung des Geldes offenbart sich die Fehlallokation der finanziellen Mittel: Zahllose Investitionen werden bereits mit einer moderaten Anhebung der Zinsen unrentabel, weshalb die Banken kräftig auf die Bremse steigen. Auslaufende Kredite werden nicht mehr verlängert, vielen Händlern und Kaufleuten wird die Möglichkeit gestrichen, Wechsel auszustellen. Womit allen am Wirtschaftsleben teilhabenden Bürgern der USA sehr schnell klar ist, dass ihr gewohntes Leben ins Rutschen geraten ist. Die ersten Anleger laufen zu ihren Banken, um Aktien zu verkaufen und sich ihr Geld nach Hause zu holen. Die Aktienkurse für angesehene Industriewerte rutschen innerhalb von Stunden in den Keller, ausländische Investoren – allen voran britische – nehmen ihr Geld und flüchten aus den USA. Als dann die russischen Bauern auch noch den Baumwollpreis nach unten drücken, weigern sich deren Konkurrenten aus den USA, ihre Rohstoffe zu den stark fallenden Preisen abzusetzen. Nun kommt der „Run“ auf die Banken erst so richtig in Schwung, allein bis zum September des Jahres 1857 schmelzen die Goldreserven in den Tresoren der amerikanischen Kreditinstitute um für die damalige Zeit sagenhafte Summe von 20 Millionen Dollar. Als am 13. Oktober tausende Menschen die größten Banken in New York stürmen, schließen auch diese ihre Pforten.

Die schlechte Stimmung breitet sich wie ein Lauffeuer aus, schon wenige Tage später liegen auch an den europäischen Börsen die Nerven blank, kurz darauf zeigt sich an den Handelsplätzen in Lateinamerika dasselbe Bild. Die New Yorker Ohio Life Insurance des Jahres 1857 ist also das Pendant zu den Lehman Brothers des Jahres 2008. Der erste Stein in einer gewaltigen Kettenreaktion, an der jede geplatzte Spekulationsblase zu erkennen ist. Sind es in den späten 1990er und 2000er Jahren Häuser und Grundstücke, die ungebrochenes Wachstum versprechen, träumen die Investoren den in 1850er Jahren vom großen Geld im amerikanischen Eisenbahnbau.

Gut gekontert, denn nur wer richtig analysiert und konsequent voraussichtlich Maßnahmen einleitet, wird in den kommenden Zeiten erfolgreich unterwegs sein.

Aber zumindest zwei Herren sind in diesen turbulenten Tagen des Jahres 1857 bester Laune. So schreibt der spätere London-Korrespondent der Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse“, ein gewisser Karl Marx, im Oktober 1857 an seinen Freund Friedrich Engels: „Der American Crash ist herrlich und noch lange nicht vorbei. Den Sturz der Masse der Importhäuser haben wir noch zu erwarten, bis jetzt scheinen nur einzelne gefallen zu sein. Die Rückwirkung auf England scheint auch in der Liverpooler Borough-Bank eröffnet. Tant mieux. Der Handel ist jetzt wieder auf 3-4 Jahre Klatsch, nous avons de la chance. Ich habe keinen einzigen Stamp im Hause, und es ist jetzt 12 Uhr Nacht.“

(Aus: http://marxwirklichstudieren.files.wordpress.com/2012/11/mew_band29.pdf, Seite 204).

Karl Marx beobachtet die Verwerfungen in den Vereinigten Staaten mit diebischer Lust, sieht er sich in seiner fundamentalen Kritik am Kapitalismus vollauf bestätigt. Diese Form der Wirtschaftsordnung ist nach Marx' Einschätzung dazu verdammt, immer neue Spekulationsblasen zu produzieren, eine Schwäche, an der dieses System letzten Endes auch zu Grunde gehen werde. Kapitalisten hätten nämlich die unangenehme Angewohnheit, unkontrolliert Geld zu akkumulieren, weshalb es permanent zu Überinvestitionen kommen müsse. Das wiederum drücke auf die Gewinnmargen der Unternehmen, womit die investierten Gelder beim ersten Gegenwind unrentabel werden und der Zusammenbruch nicht mehr aufzuhalten sei – wie eben der geplatzte Traum vom US-Eisenbahnbau eindrucksvoll zeige.

Neben der unaufhörlichen Produktion von platzenden Spekulationsblasen neige der Kapitalismus auch dazu, sich seiner zahlenden Kundschaft zu entledigen. Eine Erkenntnis, die Marx in den Jahren der fortschreitenden Industrialisierung zu machen glaubt: Die Löhne der Arbeiter steigen durch die explodierende Nachfrage der aus den Boden schießenden Industrien sprunghaft an, was nach Ansicht Marx' langfristig zur Verelendung der Massen führen muss. Das wachsende Angebot besser bezahlter Jobs löse eine überschießende Nachfrage nach freien Stellen aus, dieses Überangebot an Arbeitskräften werde das Lohnniveau über längere Sicht wieder stark nach unten drücken. Und damit die ohnehin sehr bescheidene Kaufkraft der Massen. Zudem mache die immer produktiver werdende Industrie viele Arbeitsprozesse unnötig, womit auch die Tätigkeiten vieler Arbeiter wegfielen. Die Industrie senke damit zwar ihre Kosten, rationalisiere sich aber gleichzeitig ihre zahlende Kundschaft weg. Schließlich kauften auch Arbeiter ein, wenn auch in deutlich bescheidenerem Ausmaß als die Vertreter der Aristokratie und des Bürgertums.

Und heute? Einhundertfünfzig Jahre und gezählte zweiundvierzig Finanzkrisen später ist der Kapitalismus noch immer nicht in Pension, sondern aktiver denn je. Nicht zuletzt deshalb, weil auch die von Marx prognostizierte Verarmung der Massen ausgeblieben ist. Noch nie in der Geschichte der Menschheit lebten so viele Menschen auf derart hohem Niveau wie dieser Tage. Noch nie in der Geschichte der Menschheit war der Anteil der Armen an der Weltbevölkerung so niedrig wie heute.

Denn so viel ist sicher: „Und was macht die Zukunft?“, werden wir immer wieder einmal gefragt. Unsere Antwort darauf ist mit an Sturheit grenzender Beharrlichkeit: „Näherkommen!“ Und darum müssen wir handeln. Und zwar idealerweise jetzt!

Nach Ansicht der Vereinten Nationen wurden in den vergangenen 50 Jahren mehr Menschen aus der Armut befreit als in den 500 Jahren zuvor. Gelungen ist das nicht in einer Zeit, die durch eine erfolgreiche Zurückdrängung des Kapitalismus in die Geschichtsbücher eingehen wird. Sondern durch eine großflächige Abschaffung von Handelshemmnissen und eine Verschränkung der weltweiten Kapitalmärkte.

Noch einmal von hinten, genauer gesagt: Lassen Sie uns aus der Geschichte zitieren. Banken leiten ihren Namen tatsächlich von einem Möbelstück her. Genauer gesagt von einem Arbeitsgerät der italienischen Geldwechsler aus dem Hochmittelalter.

Dabei ist die fortschreitende Globalisierung zwar noch keine Garantie für das Entkommen aus den Armenvierteln dieser Welt. Aber sie ist die verlässlichste Fluchthelferin, die diese Menschen haben. Und eine ziemlich effiziente noch dazu, wie ein kurzer Blick in die Vergangenheit zeigt: Das weltweite Heer der Armen hat sich laut OECD allein in den 1990er Jahren um 120 Millionen Menschen reduziert, in der ersten Dekade des dritten Jahrtausends entkommen weitere 300 Millionen Menschen der bittersten Armut. Das ist eine historische Wende: Schon im Jahr 2030 werden 60 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung aus den heute unterprivilegierten Entwicklungs- und Schwellenländern kommen.

Die Arbeitskräfte, die plötzlich für die ganze Welt produzieren, erhöhen ihrerseits über bescheiden wachsende Einkommen die Nachfrage nach Gütern, wodurch sich eine Spirale nach oben in Gang setzt.

Gerne übersehen wird auch, dass genau diese Verflechtung der nationalen Kapitalmärkte mehr für den Weltfrieden erreicht hat als alle Atombomben, Pershing-II-Raketen, Kirchenfürsten, Politiker und Vereinten Nationen zusammen.

Bestes Beispiel dafür ist die Beziehung zwischen den beiden Militärböcken USA und China. Die geöffneten Märkte und Kapitalströme haben die beiden Weltmächte zu einer Schicksalsgemeinschaft verschweißt. China hat den Großteil seiner Devisenreserven den USA anvertraut und deshalb kein übersteigertes Interesse daran, die bösen Imperialisten von der Landkarte zu pusten. Vielmehr haben die letzten noch einigermaßen ernst zu nehmenden Kommunisten unserer Zeit vitales Interesse daran, dass der kapitalistische Erzfeind so schnell wie möglich auf die wirtschaftliche Sonnenseite zurückfindet, um nur ja seine Schulden bei den Chinesen begleichen zu können. So etwas nennt man dann wohl einen signifikanten Beitrag zur Verbrüderung der Völker und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von unten.

Die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Lage von unten ist übrigens ein Prozess, der seit Beginn der Industrialisierung ungebrochen anhält. Bis dahin ist der Status aller Menschen bei deren Geburt unabänderlich festgeschrieben. Wer arm geboren wird, bleibt das bis zu seinem Tode.

**Sie tätigten ihre
Geschäfte auf der
„banca“, einem
Tisch, auf dem sie
ihre Wechselmün-
zen sowie andere
Wäge- und Prüf-
geräte deponiert
hatten.**

Wer das Glück hat, auf der Sonnenseite des Lebens zu landen und als Nachkomme reicher Aristokraten das Licht der Welt zu erblicken, lebt bis ans Ende seiner Tage im Überfluss. Die heute berüchtigten „Manchesterliberalen“ sind es, die im 19. Jahrhundert erfolgreich gegen den Feudalismus ankämpfen, freie Wahlen propagieren, nichts für den Kolonialismus übrighaben und im verpflichtenden Militärdienst nichts anderes als eine Ausbeutung der Armen durch die Aristokratie sehen, die mit billigen Soldaten ihren Besitzstand zu wahren versucht.

Mit der fortschreitenden Industrialisierung bessert sich die Lage der unterdrückten Bevölkerungsmehrheit langsam, aber stetig. Die Einkommen der Massen steigen kontinuierlich (wenn auch auf bescheidenem Niveau), die Massen produzieren plötzlich auch in Massen für die Massen. Während vorher alles unternehmerische Handeln bis dahin auf die Bedürfnisse einiger Wohlhabender ausgerichtet ist, vervielfacht sich der Markt innerhalb kürzester Zeit. Mit dem nicht zu unterschätzenden Vorteil, dass auch den Beziehern niedriger Einkommen eine permanent wachsende Zahl von Gütern und Dienstleistungen zu erschwinglichen Preisen gegenübersteht.

Zudem wird mit dem Einzug haltenden Kapitalismus nun auch die schwierige (weil kapitalintensive) Massenproduktion von landwirtschaftlichen Maschinen möglich, und das auch noch zu immer günstigeren Preisen. Womit sich die Produktionsleistung des bäuerlichen Sektors kontinuierlich erhöht. Können im England des 18. Jahrhunderts sechs Millionen Menschen mehr schlecht als recht ernährt werden, ist der Lebensstandard von 50 Millionen Briten heute höher als jener der wenigen Reichen vor 200 Jahren. Weshalb der österreichische Nationalökonom Ludwig von Mises den Antikapitalisten Ende der 1960er-Jahre entgeghält: „Sie wissen, dass die Bevölkerung auf diesem Planeten heute zehnmal so groß ist wie in den Zeiten vor dem Kapitalismus. Sie wissen auch, dass alle Menschen heute einen höheren Lebensstandard haben als ihre Vorfahren vor dem Zeitalter des Kapitalismus. Aber woher wissen Sie, dass gerade Sie der eine Mensch unter zehn anderen sind, der ohne den Kapitalismus am Leben geblieben wäre? Die einfache Tatsache, dass Sie heute leben, ist der Beweis, dass der Kapitalismus erfolgreich war.“

Das alles hält die Menschen in der industrialisierten Welt von heute nicht davon ab, den Kapitalismus als die ganz große Bedrohung wahrzunehmen. Eine Gefahr, die nur noch deshalb wüten darf, weil noch niemand weiß, wo denn eine annähernd passende Alternative zu finden wäre.

Auch die Phrase „jemanden über den Tisch ziehen“ hat dort ihren Ursprung. Ein Schelm, wer da jetzt Zusammenhänge sieht.

Tut sich der ohnehin schon gefürchtete Kapitalismus dann auch noch mit der teuflischen Geldwirtschaft zusammen, hat alles Schlechte dieser Welt plötzlich ein Gesicht, wie schon die gängige Sprache verrät. Begriffe wie Finanzkapitalismus, Raubtierkapitalismus, Heuschreckenkapitalismus, Casinokapitalismus, Turbokapitalismus oder Manchesterkapitalismus sind heutzutage für jedermann verständliche Schimpfwörter. Wer es noch wagen sollte, das weniger drastische Wort Marktwirtschaft in den Mund zu nehmen, tut dies nicht, ohne vorher ein Attribut voranzustellen. Zumindest „sozial“, wenn nicht gleich „ökosozial“ muss sie heute sein, die Marktwirtschaft.

Zu Beginn des dritten Jahrtausends zweifeln nicht mehr Menschen wie Karl Marx am Kapitalismus, sondern die geballte Intellektualität und Leute, die nicht zu den üblichen Verdächtigen gehören, sondern zweifelsfrei rechts der Mitte verortet werden.

Wie der Chefredakteur des Daily Telegraph und bekennende Konservative Charles Moore, der im Herbst des Jahres 2011 die (rhetorische) Frage aufwirft, ob am Ende nicht doch die Linke recht habe, mit ihrer Vermutung, dass das herrschende marktwirtschaftliche System nur dazu diene, die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Die Antwort liefert niemand Geringerer als Frank Schirrmacher, Herausgeber der angesehenen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Die konservativen Parteien, schimpft Schirrmacher, hätten ihren bürgerlichen Wertekanon längst den neoliberalen Marktfundamentalisten zum Fraß vorgeworfen. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas sieht die westlichen Demokratien überhaupt an den Drähten der Finanzindustrie zappeln.

Vertragspartner müssen sich aufeinander verlassen können. Dabei kann keiner ausschließen, dass er nicht doch über den Tisch gezogen wird. Oder wurde. Denn das Ergebnis der Bemühungen der Vertragspartner hängt auch von Einflussfaktoren ab, auf die kein Einfluss ausgeübt werden kann. Ökonomen nennen das unvollständige Information.

Als wäre das nicht genug, kommt im Jänner des Jahres 2012 auch noch Klaus Schwab, der legendäre Gründer des Davoser Weltwirtschaftsforums, zu folgendem Schluss: „Der Kapitalismus in der bisherigen Form passt nicht länger zu unserer Welt“. Denn, so erklärt Schwab weiter: „Wir haben die Lektionen aus der Finanzkrise von 2009 nicht gelernt. Wir sind überschuldet. Wir haben Zukunftsinvestitionen vernachlässigt, wir haben den sozialen Zusammenhalt geschwächt und wir laufen Gefahr, das Vertrauen künftiger Generationen vollständig zu verlieren.“

Nun ja, das ist nicht gelogen. Bleibt nur zu fragen, wer „wir“ sind? „Wir“ Politiker, „wir“ Banker, „wir“ Konzernlenker, „wir“ Arbeiter? Gemeint sind all jene, die gerade wegen der jüngsten Krise eine auf freien Märkten basierende Wirtschaftsordnung für ziemlich passabel halten, während sich in einem der luxuriösesten Wintersportorte der Welt die erste Führungsebene aus Politik und Wirtschaft die Schuld am Schlamassel von den Schultern wischt wie frischen Schnee. Wirtschaftskapitäne, die stets den freien Markt predigten, um sich bei erster Gelegenheit demütig um staatliche Hilfgelder anzustellen, weil sie Produkte auf den Markt brachten, die sie nicht verstanden und damit horrenden Summen in den Sand setzten. Politiker, die es seit Jahrzehnten nicht schaffen, weniger Geld auszugeben, als sie einnehmen, und nun die Überschuldung ihrer Staaten den von ihnen regulierten Märkten unterjubeln.

Eingeprügelt wird ironischerweise auf einen Kapitalismus, der in den meisten europäischen Ländern längst von einem knallharten Staatssozialismus abgelöst wurde.

Während also in Frankfurter Feuilletons und Davoser Skihütten bei Glühwein und Biospeck über die zerstörerische Kraft ungezügelter Märkte sinniert wird, hat es sich der Staat längst in den Wohnzimmern der Bürger gemütlich gemacht. In ganz Europa ist die öffentliche Hand größter Investor und Arbeitgeber zugleich. Die Staatsausgaben liegen in den großen Volkswirtschaften Europas in der Nähe von 50 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung oder deutlich darüber, wie etwa in Frankreich und Österreich. Hinzu kommt, dass diese Krise keineswegs das Werk „ungezügelter“ Märkte ist. Sondern das Ergebnis (bestimmt gut gemeinter) staatlicher Eingriffe in die Märkte, um politisch unerwünschte Ergebnisse zu korrigieren. Bestes Beispiel dafür ist die Geldpolitik: Die Höhe der Zinsen hat schon lange nichts mehr mit Angebot und Nachfrage zu tun. Sie wird von den Zentralbanken künstlich niedrig gehalten, um den verschuldeten Staaten des Westens den Zinsendienst zu ermöglichen. Dasselbe gilt für die Geldmenge, die von den Zentralbanken künstlich hoch gehalten wird, um finanziell angeschlagenen öffentlichen Haushalten den Zugang zu frischem Kapital zu ebnen.

Wohin man auch schaut, überall hat der Staat immer wieder mit günstigem Geld Spekulationsblasen ermöglicht. Das ist in den 1990er Jahren so, als die US-Regierung unter Präsident Bill Clinton per Gesetz dafür sorgt, dass die halbstaatlichen Hypothekenbanken auch mittellosen Bürgern Zugang zu Krediten für den Erwerb von Eigenheimen gewähren mussten. Sehr zur Freude der Neo-Hausbesitzer, der Bauwirtschaft und der Immobilienmakler. Das umso mehr, als die US-Notenbank Federal Reserve nach den Anschlägen vom 11. September 2001 unter dem Diktat von George W. Bush die Zinsen weiter nach unten drückte, um die Konjunktur nicht einbrechen zu lassen.

Mit Erfolg – und ziemlich katastrophalen Folgen: Der boomende Immobilienmarkt wird weiter angeheizt, was zu immer irrwitzigeren Preisen führt. Mit den steigenden Häuserpreisen erhöht sich auch die Bonität der Hausbesitzer, denen nun auch Kredite für neue Autos und schöne Urlaube nachgeworfen werden. Bis plötzlich die ersten Kunden den Stecker ziehen, weil sie die Preise nicht mehr zahlen können. Die Nachfrage ebbt ab, die Preise brechen ein, die Sicherheiten der Hausbesitzer lösen sich in Luft auf – nicht aber deren inzwischen in den Himmel gewachsene Schulden. Die aus der geplatzten Blase resultierenden Kosten bringen die bereits vor der Krise heillos verschuldeten Staatshaushalte vollends ins Wanken.

Um diese vor dem Einstürzen zu
bewahren, werden furchteinflößende
Vergleiche mit den 1930er Jahren
bemüht. Jetzt dürfe in den
öffentlichen Haushalten nur ja nicht
„gespart“ werden, jetzt müsse der
„gute“ Staat seine Bürger erst recht
mit höheren Ausgaben vor dem
konjunkturellen Absturz bewahren.

**Asymmetrische
Information
erschwert auch eine
faire Entlohnung.
Was zahle ich
meinem Vermögens-
berater für seine
Aktivitäten? Das
Portfolio könnte
ja auch ohne sein
Zutun gewachsen
sein. Wie viel Anteil
hat der Zufall am
Erfolg?**

Leider wird in den westlichen Industrieländern zu viel Keynes und zu wenig Mises gelesen. Der große österreichische Geldtheoretiker weiß nämlich schon in den 1920er Jahren, dass es so etwas wie natürliche Konjunkturzyklen nicht gibt. Vielmehr sind die konjunkturellen Schwankungen stets in Zusammenhang mit auf den Geldmärkten intervenierenden Staaten zu sehen. Künstlich verbilligtes Geld löst immer einen Boom an zum Scheitern verurteilten Investitionen aus. Investitionen, die beim ersten Nachfragerückgang oder einer spürbaren Verteuerung der Kreditzinsen unrentabel werden – wie die Eisenbahnbauten in den 1850er Jahren oder die aus den Böden schießenden Immobilien in Europa und den USA zu Beginn des dritten Jahrtausends.

Auch die Große Depression der 1930er Jahre ist nicht das Ergebnis mangelnder Liquidität und fehlender Konjunkturspritzen, wie heute von prominenten Ökonomen und der politischen Elite so gerne behauptet wird.

Das Rezept dagegen? Die einen sagen Reputation. Und jetzt denken Sie bitte an Bernie Madoff. Dessen Reputation konnte über Jahre hinweg durch nichts getrübt werden. Sehen Sie, das ist genau der Grund, warum wir auf ein anderes Pferd setzen. Und dieses Pferd heißt „Transparenz“.

Ausgangspunkt dieses konjunkturellen Erdbebens ist der schwere Konjunkturunbruch des Jahres 1924, dem die US-Notenbank „Fed“ mit einer Verbilligung des Geldes begegnet. Für die am Rande der Rezession stehenden Unternehmen ein Geschenk des Himmels: Die Firmenchefs können nach Kräften investieren, die dadurch in Beschäftigung stehende Arbeiterschaft behält ihre Kaufkraft, womit eine Art selbstheilender Kreislauf in Gang kommt. Die Rezession ist schnell vergessen, die Wirtschaft blickt optimistisch nach vorne und die Oberschicht freut sich bei Charleston über das schnelle Ende des Spuks. Damit das zarte Pflänzchen Wachstum auch richtig schön gedeihen kann, wird die Geldmenge weiter aufgebläht. Die ökonomische Fachwelt ist begeistert, endlich ist der Beweis gelungen, dass der Staat durchaus in der Lage ist, die Wirtschaft zu steuern – und nicht umgekehrt.

Nur ein paar zu diesem Zeitpunkt noch weitgehend unbekannte Ökonomen verfolgen die große Sause der „Roaring Twenties“ mit Argwohn. Nach Ansicht des Österreichers Ludwig von Mises haben die von der Politik gesetzten Konjunkturspritzen nämlich die folgenschwere Eigenheit, nicht durch Ersparnisse gedeckt zu sein – die gewährten Kredite entstammen der Notenpresse, sind also nichts anderes als hübsch bedrucktes Papier. Mit anderen Worten: Sie existierten in Wahrheit gar nicht. Die daraus entstehende Nachfrage ist also keine „echte“, was unweigerlich zu Korrekturen führen werde. Der Börsencrash von 1929 ist der Schlusspunkt einer fünf Jahre währenden, exorbitanten Kreditexpansion durch die US-Notenbank „Fed“.

Mises' Schüler behaupten heute noch, dass der Crash von 1929 schnell vergessen gewesen wäre, hätten die Märkte ihre Arbeit erledigen und die Auswüchse einer verheerenden Geldpolitik korrigieren können. Stattdessen wird den Unternehmern in den USA von der Politik untersagt, Löhne und Preise zu senken. Begleitend dazu greift der Staat mit beiden Händen in die Schuldenkiste, erhöht die Steuern und erlässt Importverbote, um die US-Wirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen. Die Handelspartner riegeln daraufhin ebenfalls ihre Märkte ab, wodurch die Arbeitslosigkeit in den exportorientierten US-Betrieben nach oben schnell, allen voran in der Landwirtschaft. Sie bricht als Erstes zusammen, danach folgen die Banken und deren Gläubiger, womit die Große Depression auch nicht mehr aufzuhalten ist.

Wie ist das eigentlich mit der Verteilung von erwirtschaftetem Kapital? Wer verdient woran wie viel? In der „Unabhängigkeitserklärung“ haben wir uns verpflichtet: Mit jedem Vermögensbericht geben wir dazu detailliert Auskunft.

Steuert die Welt heute einem ähnlichen Schicksal entgegen? Gut möglich, aber keineswegs sicher, so beeindruckend die Parallelen zu den „Goldenen Zwanzigerjahren“ auch sein mögen. Die Ausgangsbasis ist allein wegen des erreichten Wohlstandsniveaus eine nicht zu vergleichende. Abgesehen vom französischen Präsidenten François Hollande und einigen Globalisierungsgegnern spricht heute auch niemand von der Einführung neuer Schutzzölle.

Einzig der Glaube, dass der Staat Konjunktur „machen“ und die Krise mit gedruckten Geldscheinen wegzaubern könne, ist so populär wie in den „Roaring Twenties“. Und das, obwohl die Hinweise, dass die staatlichen Konjunkturspritzen keine heilende, sondern nur sedative Wirkung zeigen, kaum zu übersehen sind. Die Ausgabenprogramme befördern die Menschen in eine Welt der Wachstumsillusion und halten sie so vor den Schrecken des Abschwungs fern.

In Wahrheit haben die Staaten nicht nur den Ausfall der Investitionen privater Unternehmen überbrückt, sie sind an deren Stelle getreten. Warum Wachstum auf Pump keine Dauereinrichtung sein soll, erklärt im Jahr 1937 übrigens einer, der er es wirklich wissen muss: John Maynard Keynes höchstpersönlich. Der große Freund des „Deficit Spending“ meint nach sieben Jahren Dauerdepression, dass es mit den staatlichen Stimuli nun auch wieder genug sein müsse, sie brächten keinen Nutzen mehr. Früher oder später fordert der Schuldengott nämlich unweigerlich seine Opfer, üblicherweise in Form von rasender Geldentwertung und sinkender Produktivität.

Keynes' Jünger schämen sich noch heute für die späte Einsicht ihres Meisters. Zu Unrecht. Der nicht blühen wollende Osten Deutschlands ist ein ebenso glaubwürdiger Zeuge für die unberechtigte Scham wie das über beide Ohren verschuldete und seit Jahren in der Krise steckende Japan, das seine Straßen immer wieder aufs Neue geteert und seine Inseln mit unzähligen neuen Brücken verbunden hat, die in Wahrheit niemand braucht, von der japanischen Bauwirtschaft einmal abgesehen. Wohin man auch blickt, in keinem Land hat ein staatlich eingesetzter Schulden-Cent je mehr als einen Cent Wachstum generiert, vielmehr wird das Wachstum stets im Namen der Steuerzahler und nachkommenden Generationen geliehen. Nicht zuletzt, um die persönlichen Karrieren des politischen Personals abzusichern.

Oder wie es der schottische Historiker Niall Ferguson bei einer Tagung der Mont Pelerin Society im März 2009 in New York ausdrückt: „Die Defizite steigen wie in Zeiten des Weltkriegs – nur ohne Weltkrieg. Das ist ein Keynesianismus, der Angst macht.“

Wir führen an, welche Kosten Ihnen erwachsen und welche Gebühren angefallen sind. Mehr als das dort Gelistete haben wir nicht verdient.

Gerade diese Angst machende Politik ist es, die zuversichtlich stimmt. Europa wird sich von seiner Strategie, dass hohe Schulden mit noch höheren Schulden zu bekämpfen sind, in naher Zukunft verabschieden. Weil erstens nicht ewig gedruckt werden kann, ohne eine rasante Geldentwertung zu riskieren und weil zweitens die internationalen Geldgeber dem Alten Kontinent den Rücken zukehren werden, wenn die öffentlichen Schuldner nicht glaubhaft vermitteln können, die geliehenen Gelder auch zurückzahlen zu können. Drittens gibt es eine Reihe von Beispielen, die zeigen, dass der über marktwirtschaftlich orientierte Reformen führende Weg tatsächlich funktioniert.

Einer dieser Lichtblicke ist Irland, vor einem guten Jahr noch einer der hoffnungslosen Fälle. Das ohne Streiks durchgezogene Sparpaket und die flexible Wirtschaftsstruktur zeigen heute Wirkung. Statt für hohe „Krisen“-Löhne zu plädieren, um den Konsum zu stützen, passten sich die Einkommen der Wirtschaftslage an.

Und natürlich geht es in diesem Geschäftsbericht auch um unser Lieblingsthema „Unabhängigkeit“. Und wie wir sie erreichten. Weil wir nicht dem Denkfehler aufsitzen wollten, der sich im Private Banking schon so lange halten konnte.

Mit der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit erhöht sich auch die Produktivität, das Exportgeschäft läuft viereinhalb Jahre nach Ausbruch der Krise besser denn je. Arbeitslosigkeit und Defizit sind zwar nach wie vor hoch, allerdings mit stark sinkender Tendenz, aufgrund der wieder sprudelnden Steuereinnahmen durch die wachsende Wirtschaft. Irland ist leuchtendes Beispiel für ganz Europa, wie die Krise zur Chance werden kann, wenn die dominierenden Probleme nicht in künstlichem Geld ertränkt, sondern mit marktwirtschaftlichen Ansätzen gelöst werden.

Das beginnt mit einer ehrlichen Debatte darüber, wer denn nun die großen Industriestaaten an den Rand der Zahlungsunfähigkeit manövriert hat. Sind es tatsächlich die Kosten für die Rettung der Banken? Eher nein. Zwar sind die Staatsschulden im Euroraum laut der europäischen Statistikbehörde Eurostat zwischen 1999 und 2010 um 3329 Milliarden Euro angewachsen. 70 Prozent dieses Zuwachses sind aber einzig und allein dem budgetären Schlendrian der Eurostaaten geschuldet. Damit sind jene Abgänge gemeint, die auch bei konjunkturellem Kaiserwetter angefallen wären (sogenannte „strukturelle Defizite“).

Der Stabilitätspakt wird in diesen elf Jahren 56 Mal gebrochen – zwölfmal von Griechenland, achtmal von Italien, sechsmal von Deutschland und immerhin dreimal von Österreich. Mit 493 Milliarden Euro gehen 14 Prozent des Schuldenwachstums auf das Konto der Banken-„Bailouts“. Dafür erhielten die Staaten allerdings Vermögenswerte in Höhe von 440 Milliarden Euro, auch wenn diese nicht ausgewiesen werden, weil laut Maastricht-Kriterien Assets nicht schuldenreduzierend wirken. Die Finanzkrise ist also schlimmstenfalls der das Fass zum Überlaufen bringende Tropfen.

Nun geht es nicht so sehr darum,
recht zu behalten oder die Schuldigen
der Krise punktgenau auszumachen.
Sondern darum, der verunsicherten
Bevölkerung Lösungen anzubieten
und das Überleben der europäischen
Währungsunion zu sichern.

**Entscheidende
Kriterien in unserer
„Unabhängig-
keitserklärung“
sind jedenfalls
Verständlichkeit,
Nachvollziehbarkeit
und Transparenz.
Vereinfacht gesagt
könnte man sagen,
dass wir alte Werte
hochhalten.**

Die Menschen verstehen nämlich nicht mehr, warum es Staaten nicht möglich sein soll, nur so viel Geld auszugeben, wie eingenommen wird. Schließlich wissen sie, dass das auch mit Österreich vergleichbare Staaten wie Schweden oder die Schweiz schaffen. Seitdem sich die öffentlichen Hände der beiden Länder per Verfassung und/oder harter Reformen vor sich selbst schützen, fallen in konjunkturell guten Jahren auch konsequent Haushaltsüberschüsse an. Die Schweiz weist seit dem Jahr 2006 durchgehend positive Budgetsalden aus, während das schwedische Budget lediglich im Jahr 2009 (also am Höhepunkt der Krise) leicht ins Minus rutscht.

Mit der verfassungsmäßig gesicherten
Schuldenbremse gelingt es den
Eidgenossen, den Schuldenstand
des Staates auf 40 Prozent der
Wirtschaftsleistung zu drücken, die
schwedische Staatsverschuldung
wird heuer in der Gegend von 35
Prozent des laufenden BIP erwartet.
Weil in wirtschaftlich guten
Jahren permanent Überschüsse
erwirtschaftet werden, die zum
Abbau der in schlechteren Zeiten
angefallenen Defizite bereit stehen.

**Der beste Effekt
für Sie: Sie wissen,
woran Sie sind!**

Und trotzdem hat sich Schweden nicht in eine soziale Tiefkühltruhe verwandelt, sondern zu einem immer noch großzügig ausgebauten, aber finanzierbaren Wohlfahrtsstaat entwickelt. Und trotzdem zählen die Schweizer Schulen und Universitäten nach wie vor zu den besten der Welt, sind die eidgenössischen Straßen bestens befahrbar, die Züge schicker und pünktlicher als anderorts und das Gesundheitswesen um nichts schlechter als das österreichische. Zudem werden die Schweizer auch noch von einer schlanken Verwaltung bestens serviert, was nicht zuletzt daran liegen dürfte, dass die Steuern auch dort eingehoben werden, wo sie ausgegeben werden: vor Ort. Steuerautonomie für die föderalen Einheiten würde auch in Österreich zu einem interessanten Standortwettbewerb führen, von dem das ganze Land profitieren könnte.

Die Schweizer Bevölkerung hat erkannt, dass hohe Verbindlichkeiten eines Staates höchst unsozial sind. Das gilt auch für Österreich, ein Land, dessen jährliche Kosten für die Staatsschuld trotz niedriger Zinsen bei acht Milliarden Euro liegen. Das ist mehr Geld, als der Staat für Arbeitslosenversicherung und Gesundheitsvorsorge zusammen ausgibt. Und in etwa zweieinhalb mal so viel, wie für die heimischen Hochschulen aufgewendet wird.

Der produktive Teil der Bevölkerung würde auch ganz gerne wissen, wie es zu schaffen wäre, hohe Arbeitskosten (das sogenannte „Brutto-Brutto“) auch in höhere Nettolöhne zu verwandeln. Etwa, indem die Belastungen durch den Staat wieder minimiert werden, um es den Menschen zu ermöglichen, von ihrer harten Arbeit Früchte leben und sich möglicherweise auch ein wenig Eigenbesitz schaffen zu können. Statt sich von der öffentlichen Hand Monat für Monat die Hälfte des Arbeitseinkommens konfiszieren zu lassen, um damit die finanzielle Zukunft der politischen Interessenverbände abzusichern.

Der beste Effekt für unser Haus: Wir haben den Anteil bei unseren Provisionen aus Transaktionskosten in den letzten 5 Jahren von 64 auf 44 Prozent reduziert. Und damit nicht nur unseren Kunden weniger gekostet, sondern auch die Ertragsstabilität für die Bank erhöht.

Die jungen Leute wissen, dass Österreich ein Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist. Aber nicht so sehr für gut Ausgebildete und Leistungswillige, sondern für jene, die über die richtigen politischen „Connections“ verfügen. Der große Rest ist zum Frondienst am mächtigen Umverteilungsstaat verdammt. Die Arbeit ist hart, und sie beginnt früh. Wer hierzulande 2500 Euro brutto im Monat verdient, kostet seinen Arbeitgeber 3281 Euro. Davon darf der Beschäftigte netto 1669 Euro behalten, macht eine Besteuerung von flotten 49 Prozent. Bei 2500 Euro brutto. Hinzu kommen noch Verbrauchs- und Umsatzsteuern.

Die Eltern schulpflichtiger Kinder würden auch gerne wissen, warum sie ein öffentliches Bildungsangebot zu akzeptieren haben, das jenem verdammt stark ähnelt, das ihnen selbst vor unzähligen Jahren vorgesetzt wurde. Wieso der Staat hinsichtlich seiner finanziellen Zuwendungen zwischen öffentlichen und privaten Anbietern unterscheidet. Statt neutral aufzutreten und den Eltern der Kinder Bildungsschecks in die Hand zu drücken, die bei jeder Schule einzulösen sind, die bestimmte Mindestanforderungen erfüllen. So wie das beispielsweise Holland macht – ein egalitäres Land, in dem über 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen ihre Schecks in Privatschulen einlösen, weil sie das bessere Angebot haben als die staatliche Konkurrenz.

Die Märkte sind die einzige
Hoffnung für die Bürger der
vielerorts überforderten Staaten.
„Mehr Marktwirtschaft wagen“
ist deshalb auch die Losung der
Stunde. Dem großen Denker und
Krisentheoretiker Karl Marx
ist nämlich der kapitale Fehler
unterlaufen, der in der Natur jener
Menschen zu liegen scheint, die
sich ihrer Sache besonders sicher
zu sein scheinen: den Gegner zu
unterschätzen.

**Und als Tochter ei-
nes Unternehmens,
das seit beinahe 185
Jahren unabhängig
am Markt agiert,
werden wir unsere
Entscheidungen
auch in Zukunft
unbeeinflusst und
unabhängig treffen.**

Die auf Kapitalakkumulation beruhende Wirtschaftsordnung ist zwar fehleranfällig, allerdings das beste fehleranfällige System, das der Menschheit zur Verfügung steht. Weil es deutlich widerstandsfähiger und vor allem viel lernfähiger ist als gedacht. So war die große Weltwirtschaftskrise des Jahres 1857 in den Vereinigten Staaten auch schon 1858 (im Süden) und 1859 (im Norden) wieder vorbei. Überkapazitäten wurden rasch aus dem Markt genommen, die Reste der geplatzten Spekulationsblasen beseitigt und die Rückkehr zur Normalität gefeiert.

Um das zu tun, was unsere Kunden von uns erwarten: Ihr Vermögen mit den richtigen Ideen zu sichern und zu mehren.

Die Märkte werden auch in Zukunft wieder ihre Arbeit machen und mit wachsenden Risiken behaftete Investitionen mit entsprechend höheren Preisen versehen. Staatsschulden jener öffentlichen Haushalte, die einen nachhaltigen Sanierungskurs fahren, werden niedriger verzinst sein als jene, die keinerlei Anstalten machen, ihren Ausgabenrausch in den Griff zu kriegen. Entgegen der landläufig gängigen Meinung gibt derzeit nicht das „Primat des Ökonomischen“ den Ton an, sondern das „Primat des Politischen“.

Das versucht, auch jenen Bürgern den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen, die über keinerlei Rücklagen verfügen und beim kleinsten ökonomischen Gegenwind ihre Raten nicht mehr bezahlen können. Das versucht, Druck auf Notenbanken auszuüben, um die Zinsen künstlich niedrig zu halten, damit öffentliche und private Schuldner in Zeiten schwacher Konjunktur nicht ins Schleudern kommen. Das versucht, die Kapitalfreiheit zu beschneiden, indem es französischen Firmen verboten werden soll, in das wettbewerbsfähigere EU-Ausland abzuwandern. Dieses „Primat der Politik“ über die Wirtschaft ist nicht zu halten, weil sich der vom britischen Premierminister David Cameron propagierte Weg durchsetzen wird: Europa wird seine Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, statt sich dauerhaft von der Notenpresse aushalten zu lassen. Wäre das zum Bestreiten des täglichen Lebens benötigte Geld einfach in den Kellern der Notenbanken abzuholen, hätte die Menschheit nicht Jahrhunderte damit zugebracht, hart für den eigenen Wohlstand zu arbeiten.

Das führende politische Personal hat nämlich längst erkannt, dass die Finanzkrise nicht Ursache der Staatsschuldenkrise ist. Sondern nur deren Symptom. So wie das 1857 vor der Küste South Carolinas in den Untiefen der Meere verschwundene Gold nicht Auslöser der ersten Weltwirtschaftskrise war. Sondern nur deren Symptom.

**Lassen Sie uns
doch am 01.01.2014
darüber weiterspre-
chen.**